

Koalitionsvertrag 2016 – 2021

zwischen den Fraktionen der

Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)

und der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Obertshausen

PRÄAMBEL

Die Fraktionen von CDU und SPD vereinbaren eine Koalition in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Obertshausen für die Wahlperiode 2016 - 2021.

Die Zusammenarbeit soll vom Geist des gegenseitigen Respekts, gerade auch vor der Unabhängigkeit beider Partner und dem Willen, die Entwicklung der Stadt Obertshausen gemeinsam zu gestalten, getragen werden.

Die beiden Fraktionen wollen die beschriebenen Sachverhalte als auch andere Themen oder Probleme gemeinsam lösen. Sie sind sich darüber einig, dass nicht alle in den kommenden Jahren anstehenden Sachentscheidungen in dieser Vereinbarung geregelt werden können. Angesichts der angespannten Haushaltslage gilt für alle Vorhaben ein Finanzierungsvorbehalt.

Der Koalitionsvertrag erstreckt sich auf die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Obertshausen, den Magistrat der Stadt Obertshausen und alle Gremien und Organe in die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Obertshausen aufgrund dieses Koalitionsvertrages gewählt, entsandt oder delegiert werden.

Bürgerbeteiligung & Bürgerservice

1. Repräsentative Bürgerbefragung 2016

Nach dem Vorbild der Stadt Rödermark wird die Koalition zu Beginn der Wahlperiode im Jahr 2016 eine repräsentative Bürgerbefragung durchführen. Hierfür sind die im Haushalt 2016 bereitgestellten 35.000 € zur Bürgerbeteiligung zu verwenden.

Die Zusammenstellung der Themen sowie die konkrete Gestaltung der Fragen sollen durch einen Koalitionsausschuss in Zusammenarbeit mit dem ausführenden, unabhängigen Institut erarbeitet werden.

2. Weitere Formen der Bürgerbeteiligung

Die Koalition sieht einen Bürgerhaushalt skeptisch, ist jedoch weiteren Formen der Bürgerbeteiligung offen eingestellt. Hier sind insbesondere erfolgreiche und bewährte Beispiele aus anderen Städten und Gemeinden zu prüfen. Für die gewünschten Maßnahmen sind auch finanzielle Mittel im Haushalt einzustellen.

3. Bürgerbüro

Es ist der Wunsch der Koalition, ein Bürgerbüro einzurichten. Die konkrete Planung soll durch einen Koalitionsausschuss erfolgen.

Planen und Bauen

4. Mehrzweckgebäude Vogelsbergstraße

Das Projekt Mehrzweckgebäude an der Vogelsbergstraße besitzt für die Koalition eine hohe Priorität. Der Baubeginn soll im Jahr 2017 erfolgen. Das Projekt soll daher noch vor der Sommerpause 2016 in Angriff genommen werden. Hierzu soll ein Koalitionsausschuss Gespräche mit Magistrat und Verwaltung sowie beteiligten Vereinen und Organisationen führen, um die politischen und konzeptionellen Vorstellungen der Koalition zu formulieren und diese der, von dem Magistrat zu beauftragenden Vorplanung, zu Grunde zu legen.

Als Ergebnis der Vorplanung sollen die bauliche Konzeption bzw. ggf. alternative bauliche Konzepte mit einer belastbaren Kostenschätzung vorgelegt werden. Dabei sind ggf. die Möglichkeiten sowie die Vor- und Nachteile einer Modulbauweise darzustellen.

5. Rathaus

Die Koalition ist sich einig, dass die Verwaltung auf einen Standort konzentriert werden soll. Die Beantwortung der Standortfrage soll für die erste Hälfte der Wahlperiode avisiert werden. Hierzu will die Koalition folgende Maßnahmen auf den Weg bringen: Erstens eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsprüfung der Varianten A) Neubau und B) Sanierung und Erweiterung des Standorts Schubertstraße. Zweitens die Ermittlung der öffentlichen Meinung im Zuge der repräsentativen Bürgerbefragung 2016. Anschließend erfolgt die weitere Bearbeitung durch einen Koalitionsausschuss.

6. Neues Jugendzentrum

Die Koalition räumt einem neuen Jugendzentrum eine hohe Priorität ein. Zur Feststellung des tatsächlichen Raumbedarfs soll der Magistrat durch den Fachdienst Jugend zeitnah ein aktuelles Konzept zur Kinder- und Jugendarbeit vorlegen. Anschließend sind geeignete Standorte zu ermitteln und in einer Kosten-/Nutzenabschätzung zu bewerten.

7. Gewerbegebiet südlich der A3

Das gewerbliche Bauerwartungsland südlich der A3 soll als Gewerbegebiet ausgewiesen werden und eine entsprechende Baulandumlegung eingeleitet werden. Für die Koalition ist hierzu Voraussetzung, dass keinerlei Anbindung an den Rembrücker Weg stattfindet. Die verkehrliche Anbindung des neuen Gewerbegebietes soll vielmehr über den Knotenpunkt Autobahnanschluss / Heusenstammer Straße sowie ggf. über die Ortsumgehung L3117 oder das Gewerbegebiet Herbäcker erfolgen.

8. Trauerhalle Rembrücker Weg

Die Trauerhalle ist schnellstmöglich Instand zu setzen. Hierzu sind auch Möglichkeiten zur Umschichtung von Mitteln des Haushalts 2016 zu prüfen. Für weiterführende Maßnahmen ist zunächst ein erweitertes Nutzungskonzept zu erstellen, das auch Möglichkeiten für eine eventuelle Nachnutzung berücksichtigt.

9. Sanierung Bahnhofstraße & angrenzender Bereiche

Die bisher vorliegende Planung soll durch einen Koalitionsausschuss überprüft und ggf. der Verwaltung anschließend der Auftrag sowie die politischen und konzeptionellen Vorgaben für eine Neuplanung erteilt werden.

Die Koalition ist sich einig, dass eine gemeinsame Durchführung eventueller Maßnahmen zur Platzgestaltung mit der geplanten Sanierung der Bahnhofstraße sinnvoll ist.

10. Fröbelschule

Die Koalition legt großen Wert auf die rasche vertragliche Abwicklung mit dem Kreis Offenbach auf Grundlage der bestehenden Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung.

Anschließend beabsichtigt die Koalition an dieser Stelle die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum entweder durch sozialen Wohnungsbau oder privaten Wohnungsbau mit langfristiger Mietpreisbindung.

11. Stadtentwicklungskonzept

Das vorliegende Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 ist im Rahmen der repräsentativen Bürgerbefragung 2016 zu berücksichtigen und ggf. anschließend zu aktualisieren.

12. Begegnungsstätten / Beethovenpark & Waldpark

Die Koalition wünscht und fördert die Entstehung und Aufwertung von Begegnungsstätten im Stadtgebiet Obertshausen.

Hierzu sind insbesondere die Aufwertung des Beethovenparks im Stadtteil Obertshausen sowie des Waldparks Sainte-Geneviève-des-Bois im Stadtteil Hausen. Für beide Parks soll die Errichtung einer Toilettenanlage geprüft werden.

13. Kreuzloch & Seewiesenwäldchen

Beide Koalitionsparteien wollen die Flächen Kreuzloch und Seewiesenwäldchen als Freiflächen erhalten und sprechen sich klar gegen eine Bebauung aus – sowohl heute als auch in Zukunft.

Umwelt & Verkehr

14. Kreisel

Die Koalition ist Kreisverkehrsanlagen gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Jedoch sind diese nur dann zu befürworten, wenn sie verkehrstechnisch und wirtschaftlich sinnvoll sind. Die Prüfung vorgeschlagener Kreuzungsbereiche soll im Einzelfall durch einen Koalitionsausschuss erfolgen. Vorrangig ist hierbei der Kreisel Beethovenstraße / Heusenstammer Straße zu bearbeiten, um eine Entscheidung herbeizuführen.

15. Rodaubrücke & Rodaurenaturierung

Die Rodaubrücke ist mit geringem Investitionsaufwand in Stand zu setzen und zu erhalten.

Die in Planung gegebene Fortsetzung der Rodaurenaturierung soll im Laufe der Wahlperiode umgesetzt werden.

16. Lärmschutz & Ausbau der A3

Die Koalition begrüßt sinnvolle Maßnahmen zur Lärminderung und zum Lärmschutz. Sofern diese durch die Stadt Obertshausen auf kommunaler Ebene durchgeführt werden können, soll dies auch in Angriff genommen werden.

Die Koalitionspartner setzen sich kontinuierlich für einen zeitnahen vierspurigen Ausbau der Bundesautobahn A3 und einer damit verbundenen Ausführung zusätzlicher Lärmschutzmaßnahmen durch den Bund ein. Zudem ist am Verkehrsknotenpunkt Autobahnanschluss A3 auf eine verbesserte Verkehrsführung hinzuwirken.

17. Fuß- und Radwegenetz / Verkehrssicherheit

Die Arbeit des Runden Tisches Radverkehr soll fortgesetzt und gefördert werden.

Sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung des Radwegenetzes und der Verkehrssicherheit, insbesondere für Fußgänger und Radfahrer sollen geprüft und ggf. umgesetzt werden.

Soziales

18. Sozialarbeiterstelle / Seniorenberatung

Das Aufgabenprofil der Allgemeinen Sozialen Dienste soll überprüft und an vergleichbare, benachbarte Kommunen angepasst werden.

Die Koalition ist sich einig, dass ein Bedarf nach einem Konzept zur Seniorenarbeit besteht, dass sowohl professionelle Einzelberatung als auch die Organisation von städtischen Angeboten sowie die Unterstützung und Verknüpfung von Angeboten örtlicher Vereine beinhaltet.

19. Ausbau der U3-Betreuung

Die Koalition ist sich einig, dass der Ausbau der U3-Betreuung eine hohe Priorität besitzt. Hier sind zunächst insbesondere Möglichkeiten zur kurz- und mittelfristigen Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze noch vor der Fertigstellung des Mehrzweckgebäudes Vogelsbergstraße zu prüfen und ggf. in einem Koalitionsausschuss zu erörtern.

20. Friedhof Rembrücker Weg

Der Frage nach der Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zur Schließung des Alten Friedhofes am Rembrücker Weg soll durch die repräsentative Bürgerbefragung 2016, hier ausschließlich

im Stadtteil Obertshausen, ein Meinungsbild aus der Bevölkerung zu Grunde gelegt werden. Anschließend erfolgt eine Befassung im Koalitionsausschuss.

21. Flexible Betreuungszeiten in Kindertagesstätten

Der Bedarf nach flexibleren bzw. anderen Betreuungszeiten durch die Kindertagesstätten soll im Rahmen der repräsentativen Bürgerbefragung 2016 geprüft werden. Anschließend soll ggf. eine bedarfsgerechte Anpassung erfolgen.

22. Gebühren in den Kindertagesstätten

Die Gebühren in den Kindertagesstätten sollen nicht erhöht werden.

Falls eine Übernahme der Kosten durch landes- oder bundespolitische Initiativen möglich wird, soll das Konnexitätsprinzip umgesetzt und der Besuch von Kindertagesstätten gebührenfrei gestaltet werden.

Kultur

23. Volksbildungswerk & Musikschule

Die Koalition ist sich einig, das Volksbildungswerk mit der Musikschule zu erhalten. Im Zuge der Vertragsgestaltung zwischen Magistrat und VBW soll eine Überprüfung der Aufgaben des VBW erfolgen.

Der Stadtverordnetenversammlung soll die Möglichkeit der Kontrolle einer wirtschaftlichen Arbeitsweise eingeräumt werden. Unter diesen Voraussetzungen wird die Koalition die erforderliche Finanzierung des VBW sicherstellen.

24. Vereinsförderung

Die Zuschussrichtlinien der Stadt Obertshausen sollen überprüft werden. Dabei ist ein stärkerer Fokus auf die Förderung der Jugendarbeit sowie die Integration von Menschen mit Behinderung zu richten. Die Gesamthöhe der Vereinsförderung soll dabei jedoch nicht reduziert werden.

25. Neujahrsempfang

Die Konzeption des Neujahrsempfangs der Stadt Obertshausen ist zu überdenken. Bei Kostenneutralität für den städtischen Haushalt soll dieser wieder durchgeführt werden.

26. Städtisches Kulturprogramm

Die Koalition strebt eine Neukonzeption des städtischen Kulturprogramms an. Hierzu sind durch einen Koalitionsausschuss Gespräche mit Magistrat und Verwaltung zu führen sowie erfolgreiche und bewährte Beispiele anderer Kommunen in die Überarbeitung mit einzubeziehen. Die Einführung einer KulturCard soll geprüft werden.

Haushalt & Finanzen

27. Haushaltskonsolidierung

Ein ausgeglichener Ergebnishaushalt ist ab dem Haushaltsjahr 2017 gesetzliche Voraussetzung für die Haushaltsgenehmigung.

Die Koalition strebt eine kontinuierliche Verbesserung der städtischen Haushaltlage an. Hierzu sind jedoch zunächst Maßnahmen zur Kostensenkung, beispielsweise durch Einsparungen im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit anzustreben und zu realisieren.

Eine Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern soll nach Möglichkeit vermieden werden und wird von der Koalition nur als letztes Mittel zur Sicherstellung eines ausgeglichenen Ergebnishaushalts angesehen.

28. Interkommunale Zusammenarbeit

Die Koalition ist offen für alle Formen der interkommunalen Zusammenarbeit. Hierzu ist eine Liste mit Empfehlungen beim Hessischen Ministerium des Inneren einzuholen. Die einzelnen Vorschläge sind im Rahmen eines Koalitionsausschusses zu prüfen.

29. Erlebnisbad

Nach der Präsentation der Ergebnisse des durch den Aufsichtsrat beauftragten Beratungsunternehmens con.pro ist das weitere Vorgehen in einem Koalitionsausschuss zu erörtern.

Das Ziel der Koalition ist die Einrichtung einer preiswerten Bademöglichkeit für die Einwohnerinnen und Einwohner Obertshausens, idealerweise auch im Freien.

30. Stadtwerke

Der bestehende Auflösungsbeschluss ist zu überprüfen. Zur Untersuchung der Vor- und Nachteile eines Eigenbetriebs soll eine externe, fachliche Beratung hinzugezogen werden.

Dabei soll auch eine grundsätzliche Aufgabenüberprüfung der Stadtwerke vorgenommen werden. Auch die Möglichkeiten im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit sollen ausdrücklich geprüft werden.

31. Straßenbeitragssatzung

Die Koalition hält die Einführung einer Straßenbeitragssatzung mit wiederkehrenden Straßenbeiträgen angesichts der Gesamtlage des städtischen Haushalts für erforderlich.